

Merseburger Tageblatt

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 5000 M., wochentlich 1300, durch Boten bezogen 5200, bei Postbezug 4500 M. (ohne Bestellgeld). Erscheint wochentlich nachmittags. Einzelnummer 350 M. Sonntags 900 M. Alle Preise freibleibend. Postfachkonto: Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Härtelstraße 4. Für unbedeutende Sendungen wird f. Gewährt geliefert. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)
Unparteiische

Anzeigenpreis Der halbspaltige Millimeter Satzraum 130 M. und der halbspaltige Millimeter Restraum 600 M. Die laufende Monatsausgabe wird vom Besteller auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 300 M. in Zahlung genommen. Aßbergstraße 400 M. Porto besonders. Alle Preise freibleibend. Anzeigenschluß vormittags 10 Uhr. Sammelanzeigen Sonder tarif. Fernsprecher Nr. 100.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Valk)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 136

Mittwoch, den 13. Juni 1923.

163. Jahrgang.

Ein englischer Kompromißvorschlag?

Die unsichtbare Ruhrbelegung.

London, 13. Juni. Die englische Regierung ist bereit, eine Verhandlungsformel zu finden. Wie der „Evening Standard“ wissen wir, wurde Frankreich nahegelegt, den Charakter der Ruhrbesetzung zu ändern. Wenn die Engländer diese Zustimmung erhalten würde es ihnen nicht unmöglich sein, Deutschland eine Anerkennung seiner Haltung vorzuschlagen. Dies würde bedeuten daß Deutschland eine interalliierte Aufsicht im Ruhrgebiet annehmen, während Frankreich seine Besetzung unsichtbar machen würde.

Die Nachrichten aus England sind teilweise sehr verworren und widersprechend. Nachfolgende Meldung, die wir nun wieder nichts von der oben angeführten Besetzung im Kabinett wissen:

London, 13. Juni. Wie aus eingeweihten Kreisen mitgeteilt wird, hat das britische Kabinett beschlossen, eine Entscheidung über die Fragen der Wiederbesetzung nach der Ruhr vorläufig aufzuschieben, bis die Pläne und die Ziele Frankreichs vollständig bekanntgeworden sind.

Über den Gang und den Inhalt der Beratungen des englischen Ministeriums erzählt man, daß man in Deutschland nicht den Befehl ergehen lassen könnte, im Ruhrgebiet den Widerstand einzustellen, denn bei dem gegenwärtigen Zustande in Deutschland könnte eine Regierung im Amt bleiben, wenn sie der Ruhrbesetzung raten wollte, den Kampf mit den Franzosen einzustellen. Man müsse sogar befürchten, daß eine derartige Aufforderung der Reichsregierung zu einer kommunikativen Revolution führen könnte.

England scheint zu versuchen, die Kluft zwischen Berlin und Paris durch die Waffenstillstandsbedingungen zu überbrücken, obwohl Voltaire bisher jegliches Entgegenkommen verweigerte.

Man darf eine hoffnungsvolle Auslassung darin sehen, wenn eine Sonderausgabe des „Manchester Guardian“ über das Ergebnis der gestrigen eingehenden Beratungen in Cheevers sagt, nach der Ansicht Baldwin und seiner Berater würde es, was Deutschland angehe, keine Schwierigkeiten bieten, zu einem fairen Abkommen zu gelangen. Die Schwierigkeiten liegen nach wie vor in der französischen Politik. Die Meinung Baldwin habe wie ihre Vorgängerinnen herausgefunden, daß die französische Regierung zwei sich gegenjettig aufhebende Zwecke verfolgen, nämlich eine große Kriegserleichterung von Deutschland zu erlangen und Deutschland im eingebildeten Interesse der französischen Sicherheit zu ruinieren. Die Regierung Baldwin könne nicht gut sehen, wie sich etwas mit Frankreich zusammen lassen ließe, solange die Politik des Laui d'Oran bleibt. Bisher deutete nichts darauf hin, daß der Laui d'Oran sie aufgeben werde, und das Kabinett ermägte daher die möglichen Alternativen in der europäischen Politik.

Am Laui d'Oran heißt es, daß eine amtliche Note von England noch nicht eingetroffen sei. Der „Times“ der unter diesen Umständen erklärt, nur in Zeiten eigenen Kramers sprechen zu können, verhielt nachzugehen, daß die Verbindungen bei einer fortgesetzten Besetzung des Ruhrgebietes, selbst wenn der passive Widerstand nicht durch die Wirtung Englands unterbrochen werden sollte, nur gemindert werden könnten, da sie die Ansicht haben, von Deutschland bessere Garantien als die bisher angebotenen zu bekommen. Das Wort heißt, vor daß England in seiner Unrautrität Frankreich und Belgien im Ruhrgebiet gegenüber verbleibt. Dagegen lehnt es den Gedanken ab, daß in der letzten Lage, während der deutsche Widerstand andauernd, über die Reparationsfrage verhandelt wird, da angeblich zu befürchten stünde, daß auch solche Verhandlungen die Stellung der Verbündeten gegenüber Deutschland nur verschlechtern würden. Wenn im Augenblick, d. h. vor der Einstellung des Ruhrstreikandes, interalliierte Beratungen vor sich gehen sollten, so könnten sie sich nur, dem „Times“ zufolge, auf bessere wirtschaftliche Ausbeutung des besetzten Gebietes, vor allem auf dem linken Rheinufer oder auf die Umwandlung der französisch-belgischen Eisenbahngänge in eine interalliierte Regie beziehen. (1).

Einige Tage hat französischer Journalisten erklärt, er könne sich erst ein genaues Bild über die Lage machen, wenn aus London offizielle Mitteilungen über das Ergebnis der vorgestrigen Verhandlungen eingelaufen seien. Daß die englische Regierung auf die französische Vorbedingung, von Deutschland die Einstellung des passiven Widerstandes zu verlangen, eingegangen ist, ist eine Tatsache, die dem Gegenteil Frankreichs durch eine interalliierte Politik binden will, wird auch hier klar erkannt.

Der belgische Minister des Auswärtigen Jaspar gab in der Kammer eine Erklärung ab, daß das Ruhrgebiet erst nach Erhalt von Wiederbesetzungen geräumt werde. Frankreich und Belgien wollen mit den Alliierten sprechen; mit Deutschland aber erst nach Einstellung des passiven Widerstandes.

Stafen antwortet selbständig.

Rom, 13. Juni. In diesem amtlichen Schreiben verlannt, daß die italienische Note auf das deutsche Memorandum am Donnerstag übergeben werden könnte. Sie würde belegen, daß die deutsche Note weit hinter dem zurückbleibe, was erwartet werden dürfte. Die italienische Antwortnote wird wahrscheinlich anerkennen, daß die mangelnde Schärfe der deutschen Note einen bedeutenden Fortschritt einer Lösung nicht bedeutet.

Eure Brüder
an Ruhr und Rhein
Setzen Leben und Freiheit auch für Euch ein.
Wollt Ihr ihnen nicht helfen durch Euren Beitrag zum
Deutschen Volksoffer?

Auch Deutschland braucht Quarantän.

London, 12. Juni. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus New York ist einer großer Teil der amerikanischen Presse und der „Financial Review“ in New York der Ansicht, daß Deutschland bei der Wiederbesetzung des Ruhrgebietes gewisse Garantien zu fordern. Wenn Deutschland die Quarantänbedingungen garantiert, so müßten ihm feste und verbindliche Garantien zu warten werden, daß das Rheinland und die Ruhr zu einer genau festgestellten Zeit von Frankreich und Belgien geräumt werden. Ohne diese Garantien sei ein Eintrag des Ruhrstreikandes unmöglich nicht zu denken. Die Forderung von New York, was nach Deutschland sich bedingungslos Frankreich zu unterwerfen laße, sei unvernünftig und müßte von allen gerecht denkenden Menschen mißbilligt werden. Amerika fordere von Frankreich nicht einen Verzicht auf sein Recht, aber Frankreich müßte zeigen, daß die Besetzung deutscher Gebiete, eine dauernde Probuung für den Frieden Europas bilde. — Die „New York World“ vertritt es, daß Frankreich den deutschen Vorschlag auf Einberufung einer Sachverständigenkommission, als lächerlich bezeichnet. Frankreich, so schreibt das Blatt, sei gleichgültig zu sich der moralische und finanzielle Einfluß von Amerika, um die amerikanischen Vorschläge nicht zu beachten.

Rückkehr des Reichskanzlers nach Berlin.

Zarntstadt, 12. Juni. In der Besprechung, welche Reichskanzler Dr. Cuno heute in Jugenheim mit den belgischen Landtagsabgeordneten sowie einer großen Anzahl von Vertretern von Industrie und Handel hatte, gab er Darlegungen über die derzeitige Lage im Reich, aus der sich gewisse Ausichten auf Besserung erkennen ließen, ohne daß man sich zum Optimismus verleiten dürfte. Die belgische Regierung stellte sich einmütig hinter die Maßnahmen der Reichsregierung. Die Abreise des Kanzlers erfolgte gegen 6 Uhr.

Die Mordnacht in Dortmund.

Dortmund, 13. Juni. Tiel der am Grund der verpöhtet betangeten einen Straßensperre verhafteten Passanten waren in den Wanktoren die ganze Nacht über mißhandelt. Einziges Ausflüßer trieb ein Kommando mit Schreien vor sich her. Die Effiziere schlugen mit der Reitpeitsche, die Mannschaften stießen mit den Kolben auf die Leute ein, gleichviel, ob es sich um Männer, Frauen oder Kinder handelte. Ein Offizier lenkte aus einem Feuer über die Straße auf die Menge. Der für Dortmund zuständige französische General ansetzte, die Soldaten seien durch die Erregung der Truppen zu erklären.

Was dann?

Die einzige feststehende Tatsache im Hin und Her der Weltpolitik ist der deutsche Widerstand an der Ruhr. Aus diesem Grunde hat die französische Regierung an die englische das Verlangen gestellt, sie möge sich einem gemeinsamen Schritt der Entente in Berlin anschließen, worin Deutschland aufgefordert wird, den passiven Widerstand einzustellen. Der englische Vorschlag, soweit dieser auf Reparationsmaßnahmen beruht, ist natürlich zu begrüßen, aber, wie es heißt, im Unterbaue auf die Reparationsfrage freuden wird, wird sich gerade mit dieser Frage zu beschäftigen haben. Der Widerstand im Ruhrgebiet ist der letzte Schußpunkt des englischen Einflusses auf den Kontinent. Weltpolitisch gesehen, verleiht das deutsche Volk im Westen nicht nur sein nationales Selbsttun, sondern die Friedenshoffnung der Welt. England kann unter diesen Umständen den Verlangen Frankreichs nur dann zustimmen, wenn es seine eigenen Interessen opfern will. Englands Interessen liegen auf wirtschaftlichem Gebiete. Auch die Regierung eines reichen Landes kann es sich nicht gestatten, eine Million Arbeitslose auf lange durchzuführen. Die Arbeitslosigkeit in England steht aber in direktem Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit Europas. Nun spricht ein Leitartikel der „Times“ von der Notwendigkeit der Berücksichtigung der politischen Interessen Frankreichs. Man werde, so schreibt das Blatt, vorsichtiger und freundschaftlicher über die Frage der Einberufung Frankreichs nachdenken müssen. Das erneut den Eindruck, als bereitete das maßgebende englische Blatt den Vorschlag Englands zu unterstützen, ist unterirdisch, als unangenehmste Notwendigkeit an. Für uns erhebt sich damit die Frage: Was dann? Sollen wir nachgeben, sollen wir von Regierungsseite den Widerstand ablassen? Eine solche Politik wäre katastrophalpolitisch im eigentlichen Sinne des Wortes. Der Widerstand an der Ruhr ist nicht von der Regierung inszeniert worden. Er ist hervorgerufen worden durch den französischen Einmarsch. Die Anweisungen der deutschen Regierung waren keine Kampfanlagen, sondern staatsrechtliche Selbstverständlichkeiten, die lediglich dem durch Frankreich, durch den französischen Einmarsch geschaffenen Rechtsbruch Ausdruck gaben. Wenn man heute die Zurücknahme dieser Beschlüsse verlangen will, so verlangt man etwa dasselbe, als sollten wir schmerz für mich erklären, daselbe wie ein neues Kriegsausbrechens. Es darf kein Zweifel darüber gelassen werden, daß ein Widerruf irgendeiner Verordnungen keinerlei Aussicht hätte, im Ruhrgebiete befolgt zu werden. Vielleicht könnte eine allgemeine Vertreibung entfallen. Auf alle Fälle würde dadurch die öffentliche Ordnung gefährdet werden. Wenn sich die Regierung in Widerspruch mit dem ausgesprochenen Willen der Bevölkerung legt, handelt sie nicht pflichtgemäß. Es ist nicht anzunehmen, daß sich die englische Regierung über die Lage der Dinge in Untieren beistimmt. Gewiß könnte der gegenwärtige leitende Minister in England die Forderungen Frankreichs unterstützen. Das aber würde seine Statuierung bedeuten. Er würde sich damit die französische Seite eigenhändig um den Hals legen. Jedoch wird er in der Zwangslage des Bündnisverhältnisses festsetzbar auf die französische Forderung eingehen müssen. Und es wird an uns sein, nein zu sagen. Die neuesten Blätter: im Ruhrgebiet geben uns ein Recht dazu, Frankreich und die französische Politik sind die Urheber des neuen Blutvergießens. Das muß ausgesprochen werden. Keine deutsche Regierung kann einen anderen Standpunkt einnehmen. Wer sich heute so democh, dann wird sie sich an der deutschen Zukunft verhängen. Niemand in Deutschland hat sich im Untieren über diese Lage. Der Reichskanzler hat in seiner Rede in Münster dieser Grundstimmung Ausdruck verliehen. Es geht um Krieg und Frieden. In diesen Tagen wird das Schicksal Europas wieder einmal auf lange entscheidend.

Gelesen wurden der Text Dr. Kälpe und ein Politischaunter erschossen.

Gegenseitige Erschießung der beiden Franzosen in Dortmund einer Birne wegen?

Dortmund, 13. Juni. Nach dem Tod der beiden französischen Abjudanten taucht jetzt eine neue Version auf, wonach sie sich, nachdem sie wegen eines Franzosenmordes, der „Aton Erna“, in Streit geraten waren, gegenseitig erschossen haben. Die „Aton Erna“ und zwei andere Personen werden von den Franzosen in Haft gehalten und ihre Aussagen werden verheimlicht.

Der französische Befehlshaber hat drei Personen inhaftet. Die beiden anderen sind französische Personen, welche Franzosen in irgendeiner Weise

Das Meisterwerk des Salvini.

Reinmalroman von Otto Berndt.

Amerikanisches Copyright 1921
by Carl Daucker, Berlin.
Nachdruck verboten.

[12]

Er breitete die Arme aus, aber er griff ins Meer — dann sah er die Frau in Schwärzertrockt.
„Wer sind Sie? Wo bin ich? — Mir ist so heiß — ich verberme!“

Er hatte sie nicht erkannt, mit bebenden Fingern schob sie ihm Glasflügelchen zwischen die Lippen — dann sank er erschöpft zurück, und nach Minuten wiederholten sich wieder die schrecklichen Phantasien.

Ganz früh trat der Arzt ein — gegen Morgen war das Fieber ein wenig gefallen.

„Wie war die Nacht?“

„Fürchterlich Herr Doktor.“

„Sie müssen sich jetzt ein paar Stunden niederlegen, Schwestern. Heute kann Sie ablassen.“
Beruhigt nicht — ich habe im Felde mehr ausgehalten. Räum meinen Sie, daß die Krebse eintritt, Herr Doktor?“

„Krebstich schwerer Tagen, — im allgemeinen am dritten, vielleicht auch am neunten Tag.“

Der Arzt war gegangen. Diesel hatte die Ablösung verschmäht, aber der Arzt ließ ein zweites Bett mit hineinbringen — Chaiselongues oder andere bequeme Möbel gab es in diesem Lazarett nicht. Da es anzunehmen, daß der Kranke in den Morgenstunden am ruhigsten war, hatte sie sich, nachdem er seine Medizin bekommen, etwas ausgesreckt, und ihre erwiderten Augen waren zugefallen.

Die Tür war geöffnet worden — der Justizrat und der Gefängnisdirektor traten ein. Wenn auch der Verteidiger in diesem Augenblick nichts im Gefängnis zu suchen hatte, so verweigerte der Direktor es dem Vater nicht, ihn zu begleiten.

„Sie schläft.“

Alfonso lag jetzt ruhiger und schlafend da — Diesel gegenüber — auch ihr waren die frischen Farben aus dem Gesicht gewichen.

„Der Justizrat, Sie hätten das als Vater nicht dulden dürfen.“

Diesel fuhr auf, sprang von dem Feldbett empor und stieß ihr die Tür zurecht.

„Ich war eingeschlafen.“

Der Geheimrat schüttelte den Kopf.

„Kind, Kind — verstehen Sie — gnädiges Fräulein.“

„Aber sie war schon wieder vollkommen kahl.“

„Der Geheimrat, dürfte ich Ihnen und meinem Vater eine Beobachtung mitteilen, die ich in dieser Nacht gemacht habe?“

„Bitte.“

„Dürfen wir hinaustreten?“

„Sie gingen in den Vorraum.“

„Der Kranke hat die ganze Nacht in schrecklichen Fieberdelirien gelegen.“

„Das war vorauszu sehen.“

„Sie sah den Geheimrat fast bittend an.“

„Wäre es nicht möglich, daß in der nächsten Nacht, wenn wieder Delirien eintreten, außer mir noch ein anderer bei ihm wacht?“

„Sehen Sie, Sie haben Ihre Nerven überschätzt.“

„Das nicht, aber — ich denke, trotz allem Jammer habe ich in dieser Nacht den größten Beweis von seiner Unschuld bekommen.“

„Wieso?“

„Ich kenne Alfonso — verzeihen Sie, Herr Geheimrat — Herr Salvini besser als jeder andere — ich weiß, er ist kein nervenstarker Mensch. Trotzdem hat das Gericht angenommen, daß er so eiserne Nerven hätte, daß er imstande war, während der ganzen Verhandlung, ohne sich bei allen Beschuldigungen auch nur ein einziges Mal zu verraten, bei seinem Zeugniss zu bleiben.“

Der Geheimrat schüttelte mißbilligend den Kopf.

„Wozu —“

„Ich bitte Sie, lassen Sie mich ausreden. Halten Sie es für denkbar, daß ein Mensch, unter der so hart wie er wolle, auch imstande ist, seinen Fieberphantasien zu beschließen? Er hat in diesen inneren in den Schreden des Prozesses gelebt. Bald war er mit Schumann zusammen und flehte ihn an, das Bild zu schauen — wies Geld, das ihm jener angeboten haben muß, zurück und erschöpfte sich in Bitten. Dann wieder glaubte er vor dem Staatsanwalt zu stehen und beteuerte seine Unschuld, oder er schrie auf, weil er sich vor einem Schatten erscheite.“

Herr Geheimrat, würde er nicht auch in einem einzigen Augenblick in diesen Phantasien von seiner Tat gekropfen haben? Müßte diese sich nicht schrecklicher in seine Seele einprägen als alles andere? War es nicht unaussprechlich, daß er auch sie wieder durchlebte, wenn er sie begangen?“

Kein Wort kam davon über seine Lippen — nur verzweifelte Schreie, daß er unglücklich sei — nur die Angst vor dem plötzlichen Schatten.“

„Mein gnädiges Fräulein —“

„Ich weiß, mein Zeugnis gilt Ihnen nichts — darum bitte ich Sie, lassen Sie in der nächsten Nacht noch jemand seinen Phantasien lauschen.“

Der Justizrat mühte sich ein.

„Der Geheimrat, meine Tochter hat recht — eine solche Nervenschwäche besitz kein Mensch und am wenigsten ein Schwerverbrecher — seine Phantasien mußten ganz von der Wurdart erfüllt sein.“

Der Geheimrat überlegte.

„Ich kann mich als Mensch Ihren Ausführungen nicht verschließen, wenn ich auch als Beamter den Fall für erledigt ansehen muß. Freilich, es wäre auch für das Gericht natürlich von hoher Bedeutung, wenn etwa in den Delirien ein Geständnis von seinen Lippen käme, ebenso wie ich zugebe, daß es von gewisser Bedeutung bei einem eventuellen Wiederholungsfalle wäre, wenn Sie recht behalten. Ich werde mit Herrn Staatsanwalt, der den Fall bearbeitete, und mit Ihrem Herrn Vater in seiner Eigenschaft als Verteidiger beraten, was zu tun ist.“

(Fortsetzung folgt).

Strickjacken für Damen und Kinder

Strandjacken und Juniper

Walter Aps

empfiehlt sehr preiswert

Brühl 7 • Brühl 7
(bei Photograph Herrfurth).

Familien - Nachrichten.
Vermählt Walter Schlag mit Frau Olga geb. Sch. Weissenfels.
Geh. Herrsch. Karl Sell, wia. 46 J., Weissenfels.
Magdalena Malprich, Merseburg; Karl Goepel, 63 J., Nordhausen.

Zwangsgewinnsteigerung
Freitag, den 15. Juni d. J., mittags 12 Uhr werde ich in Delitz a. Berge, Gasthof von Albers

31. Läuferweine
Besonders meistbietend gegen Vorkzahlung versteigert.
Fleischer, Gerichtsnotar in Merseburg.

Schwerhörige
bitte ich, bei mit dem vorzüglichen Einheitsapparat „Ideal“ kostenlos zu prüfen.
O. R. Schulte aus Berlin bis 18. Juni hier, Sülterstraße 24.

Familien-Druckereien
für jeden Zweck

Buchdruckerei
des Merseburger Tageblatt.

Sie sparen Geld
Fahr radgummi gratis
Lassen Sie sich Preisliste senden.
Emil Levy, Silesheim.

Bücherei 2 Gessel,
an Spiegel rd Tisch
preislos zu verk. Zu erf. in der Exped. d. Bl.

Unser täglich Brot

hat seit kurzem eine soch außerordentlich schlechte Beschaffenheit, die Intelligenz veranlaßt, da die Schuld daran immer den Bäckern aufgebürdet wird, folgendes zu erklären:

Die miserable Beschaffenheit des Mehles, welche nach Anträge der Müller auf die Beschaffenheit des von Meichs-Getreide-Stelle gelieferteten Roggens zurückzuführen ist und sich höchstens als Viehfutter eignen soll, macht es uns unmöglich, auch unter Dinutzung anderer Mehle, ein einwandfreies Brot herzustellen.

Die Anbringung unserer Klagen auf die Kreis-Kommission Merseburg sind unseres Erachtens nicht mit dem nötigen Nachdruck bei der Reichs-Getreidestelle angebracht worden. „Das Korn ist einmal da und muß vermahlen und verbacken werden!“

Wir bitten deshalb die Bevölkerung uns gegenüber um Mitleid, erüchten aber unter „wohlwollender Berücksichtigung“ der gänzlich unfähigen Behörden in dieser Beziehung sich noch kurze Zeit — bis zur Aufhebung der Zwangsgewinnsteigerung — gedulden zu wollen, wo Müller und Bäcker, nicht abgemut durch Behörden und Verordnungen, alles tun werden, um endlich wieder gutes Brot herzustellen!

Interessenverband der Bäckermeister von Stadt und Kreis Merseburg.

Sixtberg Nr. 3

zählt jeden Konkurrenz - Preis für Lumpen, Papier, Knochen und Alt - Eisen.

Hole auf Wunsch sofort kostenlos ab!

Willi Wistuba,

Sixtberg 3. Sixtberg 3.

Gold - v. Heeringen

Silber-, Platin-Gegenstände und Zahn-Gebisse kaut Delgrube 7.

Wanzen und deren Brut

vertilgt sicher und restlos

Nicodaa! Kupper, Markt 17.

C. A. Klemm

Fernspr. 22096 Leipzig 1 Neumarkt 26

Violen Mandolinen Lauten Gitarren Saiten aller Art Sämtl. Zubehör für alle Instrumente

Versand nach auswärts.

Alleinvertretung der Revalo-Tonveredlungs-A.-G. Berlin.

Ausführliche Broschüre über „Revalo“ bitte zu verlangen.

Ich kaufe

Briefmarken - Sammlungen

sonie bessere Einzelmarken u. alte Briefschatten. Bevorzuge wertvolle Objekte und zahle für ausgefallene Sachen sehr hohe Marktpreise. Bitte zu beachten, daß Verkäufe an mich von der Steuerabgabe (lt. Befehl, Nr. 33) befreit sind. Einzelnach Briefmarkenhaus Karl Hennig, Weimar.

Gewandter, unbedingt zuverlässiger

Buchhalter,

an selbständiges Arbeiten gewöhnt, zum 1. Juli gesucht.

Angebot mit Lebenslauf u. Zeugnis - Abschrift. unt. Nr. 456/23 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Mücheln!

Schützenhaus!

Schönstes u. größtes Vergnügungs - Lokal mit großem Saal u. herrlichem Garten

Waldhaus!

Herrlicher Ausflugsort des Gesellschafts. Erholungstätte für Jung und Alt.

Anerkannte vorzügliche Verpflegung zu mäßigen Preisen.

Tel. 56 — Juh. V. Martini. — Tel. 56.

Stadt-Schützenhaus, Halle am Königsplatz.

Vornehmest. Öffentliches Verkehrslokal
Leistungsfähigste Käfte
Gute Biere und Weine
Dem Halle besuchenden Publikum bestens empfohlen.

Telefon 6546. Ernst Hempel.

Sängerschaft nach der Ostsee

23. - 30. Juni 1923

Leipzig - Hamburg - Lübeck - Travemünde - Saßnitz (Rügen) - Swinemünde - Sietlin - Berlin - Leipzig. Veranstatlet vom Männergesangsverein Liederkreis.

Fahrpreis einsehl. alk. Eisenbahn-, Dampferfahrten, Besichtigungen etc. 65.000 Mark.

Programm a. Anmelde. bei der Hamburg - Amerika - Linie, Leipzig, Augustuspla z 2 u. o. Kesselier Herm. Wolff, Leipzig - R. Crottenordler Str. 7. Fernsprecher 61 640.

Restergesellschaft

Domstert, abds. 7.30 Uhr: Konzert der Robert Franz - Singakademie

Von Deutscher Seele.

Freitag, abds. 7.30 Uhr: And me Butterfly (Die kleine Frau Schmeitling).

Suche sofort

für Herrn

möbl. Zimmer od. Schlafstelle

gegen gute

Bezahlung!!

Verträge wird gef. Off. u. F. R. an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Beilage zu Nr. 136 des Merseburger Tageblattes

Mittwoch, den 13. Juni 1923

Wie die Franzosen die Ruhrarbeiter ködern?

Es ist bekannt, daß die französische Politik im Ruhrgebiet in der Hauptfrage darauf abzielt, die Arbeiterschaft für sich zu gewinnen. Wem bekannt sind die Methoden, mit denen die französischen Agenten ihre Vorkämpfer betreiben. In erster Linie haben sie es auf die linksradikalen Kreise abgesehen, mit denen sie schon früher im Saargebiet und am Rhein selber nur zu oft gute Erfahrungen gemacht haben, und unter denen sie bestimmt auch an der Ruhr gewissenlose, willfährige Werkzeuge gefunden haben. Allerdings haben sie sich meist eine Würstchen nachstehenden Bericht, der ein interessantes Licht auf die demagogischen Methoden wirft, mit denen sich die französischen Agenten an die Arbeiterschaft hechnachem:

Mitte März erschien in der Wohnung des Vorsitzenden der Ortsgruppe der Unionisten in Neudorf ein Demagoge der französischen Besatzungsbehörde. Der Demagoge verfuhr mit dem Unionistenführer ein Gespräch über die gegenwärtige politische Lage anzuknüpfen. Da letzterer hierauf jedoch nicht recht eingehen wollte, in der Vermutung, daß der Unbekannte als Spitzel der französischen Besatzungsbehörde zu ihm gekommen sei, erlaubte der Demagoge dem Unionistenführer, in den nächsten Tagen doch einmal bei dem französischen Bahnhofskommandanten vorzusprechen. Dieser bewilligte nämlich, mit ihm über die Lage der Arbeiterschaft sich zu unterhalten und eventuell für die Arbeiter besondere Hilfsmaßnahmen in die Wege zu leiten. Der Führer der Unionisten begab sich dann in Begleitung je eines Angehörigen der christlichen und freien Gewerkschaften zu dem Bahnhofskommandanten. Nachdem dieser zunächst selbsteigentlich hatte, welcher politischen Richtung die Mitglieder der Abordnung angehörten, erklärte er von vornherein, daß er nur mit Angehörigen der kommunistischen Partei verhandle. Gegen die Annahme der beiden übrigen Parteien hatte er jedoch nichts einzuwenden. Der Bahnhofskommandant richtete nun an den Unionistenführer eine Frage über die Stimmung der Bergarbeiter. Als Antwort wurde ihm mitgeteilt, daß die von auswärts nach hier kommenden Bergarbeiter über die Sperrung des Bahnhofs sehr erbittert seien. Um zu ihrer Arbeitsstätte zu gelangen, müßten die Leute jetzt entweder hohe Ausgaben für die Straßenbahnfahrten machen, oder bis zu ihrer Arbeitsstätte einen langen Fußweg zurücklegen. Der Bahnhofskommandant machte hierauf den Vorschlag, für die Bergarbeiter zukünftig Militärsüge von Neudorf nach Ziegen bzw. Neudorf-Bad fahren zu lassen. Der Führer der Union entgegnete, wenn die französische Besatzungsbehörde für den Fall eines Unfalls die Verantwortung übernehmen wolle, ließe sich über diese Frage vielleicht

nach reden. Hierauf wollte jedoch der französische Bahnhofskommandant nicht eingehen. Unter anderem machte der französische Offizier den Vorschlag, die Kommunisten sollten doch jetzt unter dem Schutze der französisch-belgischen Kommandeure in Industriegebiete die Rätebetriebe einführen, worauf der kommunistische Führer entgegnete, die französische Besatzungsbehörde möchte ihm zunächst einmal die im Industriegebiet befindlichen Zantse, Panzerautos und am nächsten Tage eine Revolution im Industriegebiet hervorgerufen, allerdings mit der Bedingung, daß gleichzeitig auch in Belgien und Frankreich die Rätebetriebe ausgerufen werde. Hierauf wußte der Bahnhofskommandant keine Antwort zu geben, sondern stillschweigend ging er sofort zu der Kernfrage der Unterredung über. Er fragte, was die Besatzungsbehörde der Zeche General Blumenthal unternehmen würde, wenn die Franzosen die Schachtanlagen besetzten und die dort lagernden Kohlen abtransportieren würden. Insbesondere war dem Kommandanten eine Antwort erwünscht, wie sich der Führer der Union in einem solchen Falle verhalten würde. Der kommunistische Führer entgegnete, was er tue, könne er noch nicht sagen! Er sei Vertreter eines großen Teils der Arbeiterschaft und habe als solcher den Wünschen der Arbeiterschaft Folge zu leisten. Was die Bergarbeiter im Falle der Besetzung einer Zeche unternehmen würde, würde er schon früh genug erfahren, wenn die Franzosen einmal die Zeche besetzen würden. Mit den Worten, daß auch mit ihm nichts anzufangen sei, wurde der kommunistische Führer entlassen.

Wie wird die Landwirtschaft von der Getreidezwangsumlage frei?

Vom Bürgermeister sind M. d. N.

Als Ueberbleibsel der Kriegs-Zwangswirtschaft hat man auch nach dem Kriege die Zwangsbewirtschaftung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse fortgesetzt und bis zum heutigen Tage die Brotverorgung auf diese Weise geregelt. Diesen Ausnahmezustand hat man rüchlos unter Außerachtlassung von Recht und Gerechtigkeit der Landwirtschaft aufgedrungen. Trotzdem im Jahre 1921 der damalige Ernährungsminister Dornes erklärte, daß die Getreidezwangsumlage ein Ueberbleibsel der Kriegswirtschaft sein sollte und sich die Landwirtschaft nur noch einmal unter diese Art von Zwangswirtschaft beugen sollte, versuchte man von links die Getreidezwangsumlage zu einer dauernden Justiz für die Landwirtschaft beizubehalten. Es war klar erkennbar, daß die Linksparteien in der Getreidezwangsumlage ein geeignetes Mittel erblickten, um der Landwirtschaft eine Sondersteuer aufzuerlegen. Diese Sondersteuer, d. h. das Gesetz der Getreideordnung, ist dann auch jedes

Jahr unter dem Einfluß innerpolitischer Verhältnisse bearbeitet und angenommen worden. Die Annahme und der Wortlaut des Gesetzes bedeuteten eine glatte Vergeßlichkeit der Landwirtschaft. Nur dadurch, daß die bürgerlichen Parteien unter dem Druck des Reichslandbundes sich endlich zu einer Mehrheit zusammen fanden, war es möglich, den Weg zur freien Wirtschaft zu gehen. Es wurde von Seiten der Regierung verlangt, daß aus dem Reichstag heraus Vorschläge gemacht werden sollten, wie die Verbilligung des Brotes für die Minderbemittelten durchzuführen ist. Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion hat ihren alten Standpunkt, alle leistungsfähigen Schultern für die Versorgung der Minderbemittelten dienstbar zu machen, aufrecht erhalten. Die Entschliessung 5701 der Reichstagsdruckladen, die sich auch vollkommen mit den Forderungen des Reichslandbundes deckt, brachte dies klar zum Ausdruck. Gegen die übrigen bürgerlichen Parteien, die bei früheren Gelegenheiten ähnliche Erklärungen abgaben, haben diesen ihren Standpunkt auf und nahmen in ihrer Entschliessung Nummer 5698 den Wortlaut auf, „die Mittel der Verbilligung werden aufgebracht durch Belastung des Brotes im wahren Sinne des Wortes“. Dieser Wortlaut wird jetzt der deutschen Landwirtschaft zum Verhängnis. Herr Reichsfinanzminister Dornes hat seinen Entwurf bekannt gegeben, welcher die Mittel beschaffen soll, um die 7% der Brotverbilligung zu decken. Der Entwurf verlangt, daß der Preis des 10fache des Zwangsangebotpreises aufbringen soll. Eine Gesamtsumme, die über 2 Millionen ausmacht. Nach den früheren Errechnungen hat Ernährungsminister Luther den Betrag von 750-800 Millionen genannt, der nötig sei, um den Zuschuß zur Brotverbilligung zu decken. Nach dem heutigen Stand wäre ein Betrag von 950 Milliarden erforderlich. Angesichts dieser Zahlen, die bei den Verhandlungen immer als Unterlage gedient haben, und die nach meinem Dafürhalten durch eine Zwangssteuer unter Belastung aller leistungsfähigen Schultern aufzubringen war, muß man die Frage stellen, wie kommt der Reichsfinanzminister dazu, jetzt einen Betrag von über 2 Millionen zu fordern. Die Antwort ist schnell gefunden: es ist nichts mehr und nichts weniger als ein kleiner Nebenbenedict von Seiten des Reichsfinanzministers gegenüber den Linksparteien, die immer und immer wieder eine stärkere Belastung des Brotes fordern. Der Reichsfinanzminister muß bei dieser Gelegenheit dem Betrug und der Landwirtschaft insbesondere eine Steuer aufzulegen, die ihm die besondere Berechnung und Zuneigung der Linksparteien sichert. Gegen dieses Verhalten muß die Landwirtschaft härtesten Einpruch erheben. Keiner anderen Erwerbsgruppe hat man zumuten erzwungen, sich durch dergleichen besondere Opfer von der Zwangswirtschaft loszukaufen. Viele der Kriegsgesellschaften haben sogar ihre Liebesbriefe und Referatenschriften als besondere Raub an ihre Interessenten vertreiben dürfen. Hat sich der Reichsfinanzminister

dem nicht überlegt, welche ungeheure Belastung sein Plan für den Westfall überhaupt und insbesondere für die Landwirtschaft bedeutet, ist er sich nicht klar darüber geworden, auf welche rücksichtslose Art hier neue Ertragssteuern in die Wege geleitet und durchgeführt werden? Klare, wie sie schärfer und trasser von der Sozialdemokratie zur Sozialisierung der Landwirtschaft nicht ausgeht und durchgeführt werden könnten. Und das alles zu einer Zeit, wo die Sozialdemokratie außerhalb der Regierung steht und ein rein bürgerliches Kabinett die Geschäfte leitet! Dem man vielleicht im Finanzministerium schon an die Zeit, wo sich die Reichsstände ändern könnten und die Sozialdemokratie einen Finanzminister braucht, der ihren Plänen zugänglich ist? Hier muß auch die Frage aufgeworfen werden, wie lange ist das Zentrum noch bereit, eine derartige Sonderbelastung des Westfalles, besser gesagt die abschließende Expropriation des Westfalles, durch seinen Finanzminister gutzuheißen bzw. ihr stillschweigend zuzusehen.

Die deutsche Landwirtschaft muß aus dieser Tatsache den Schluß ziehen, daß jetzt der Endkampf geführt wird, aber nicht allein der Endkampf, um zur freien Wirtschaft zu kommen, sondern der viel bedeutungsvollere um die Existenzmöglichkeit und die Lebensfähigkeit der deutschen Landwirtschaft und der Landbesitzer überhaupt.

Westfälischer Reichstag.

Berlin, 12. Juni.

Die Beratung des Knappschaftsgesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Seybold (Zentri.) ist mit dem Grundgedanken der Vorlage einverstanden, bespricht aber einige Ausnahmefälle als zu weitgehend. Der Reichstag habe sich selber auch über die von der Kommission des Reichsversicherungsanstalt aufgestellten Grundzüge hinweggesetzt, daß im Vorstand des Selbstverwaltungsrates Ergänzungen der Arbeiter und Arbeitgeber nicht vertreten sein sollen. Die Beiträge wären reichlich hoch eingeleitet. In den Bestimmungen über die Rentenrechte ist der soziale Gedanke überbäumt. Sie dürfen nur für Arbeiter 100 Tage gelten. Die Renten müßten von 50 auf 30 Prozent herabgesetzt werden. Einem großen Teil der Deutschnationalen werde die Zustimmung zur Vorlage durch die Annahme dieser Forderung erleichtert werden.

Abg. Winnefeld (Deutschn.) erklärt, daß eine Mohlenpreisobergrenze nicht in der Absicht seiner Parteifreunde liegt, er habe lediglich getrieben als Abgeordneter ohne jede Beeinflussung gesprochen.

Abg. Mliza (Komm.) protestiert gegen die Art, die Arbeiterinteressen zu behandeln.

Die ersten Paragraphen, die von dem Anlaß der Versicherung und Träger der Versicherung (Reichsknappschaftsvereine, Reichsknappschaftsvereine) handeln, wurden nach dem Ausschlußbeschluss angenommen. § 11 (Versicherungsberechnung und Befreiung von der Krankentafelversicherungspflicht) wurde angenommen unter Ablehnung des deutschnationalen Antrages, wonach für alle Mitglieder der erwerbsfähigen Berufsstände der Reichsversicherungsberechnung entsprechende gelten sollen. Bei den weiteren Paragraphen, die

die Leistungen der Rentenkasse behandeln, werden kommunizistische Anträge auf Erhöhung der Pension abgelehnt.

Unter Ablehnung aller deutschnationalen und kommunistischer Änderungsanträge wird sodann die Vorlage in der Ausschlußfassung in zweiter und gleich darauf in dritter Lesung angenommen. In der Schlußabstimmung erklärt Abg. Seybold (Zentri.): Die Mehrheit meiner Freunde werde nach der Ablehnung aller Änderungsanträge gegen die Gesamtvorlage stimmen. Die Vorlage wurde schließlich gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Kommunisten angenommen.

Mittwoch 2 Uhr Lesung des Gesetzentwurfes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Preussischer Landtag.

Berlin, 12. Juni.

Vizepräsident Dr. Aries eröffnete die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten. Beratung des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung.

Abg. Dr. Feldig (Deutsche Volkspartei): Im Preussischen Finanzlage wieder aufzuheben, sollte die Wiederübertragung der Einkommensteuer aufs erstellte erproben werden. Mit der rapiden Geldentwertung hat unsere Mark ihre Bedeutung als Wertmesser fast völlig eingebüßt. Soll schon ein Übergang vorgenommen werden, so wäre es das Beste, zur Goldbindung zurückzuführen, unter den gegenwärtigen Verhältnissen aber können wir uns nur mit den Vorschlägen des Finanzministers in bezug auf die Ausgabe von Kautions- und Pfandwert-Anleihen einverstanden erklären. Die Gemeinden können sich und ihre Finanzen aus eigener Kraft nicht aufheben. Entweder muß man ihnen ein Zuschlagsrecht geben oder ihnen ein Teil der Umlagesteuer überlassen. Für ein Zuschlagsrecht der Gemeinden aber können wir uns nicht erörtern.

Abg. Dr. Höpfer (Demokrat): In der gegenwärtigen Verteilung liegt eine große Ungerechtheit, die besonders schwer zu tragen ist, wenn man z. B. erntet, daß für Länder und Gemeinden gar kein Anlaß vorliegt, den ungeheuren Beamtenstab abzubauen.

Finanzminister Dr. v. Richter weist auf den verlorenen Krieg hin, der die sozialen Finanzverhältnisse zur Folge gehabt hat. Man hat die finanziellen Verhältnisse so gestaltet, als ob der deutsche Einzelstaat schon nahe wäre, die Länder sind erhalten geblieben, die Finanzverhältnisse sind aber auf den Einzelstaat zugeschnitten, und darunter selber die Länder. Ich glaube, daß es doch sehr wichtig sein wird, daß die Einkommens- und die Körperschaftsteuer den Ländern überlassen wird. Die Körperschaftsteuer dem Staate vorzubehalten, daran denken wir nicht, wir müssen eine Steuererhöhung haben, die der Leistungsfähigkeit angepaßt ist. Aber keine Steuer zu hoch zahlen, daß sie mit entwertetem Geld, das ist ein niederschmetterndes Gefühl für viele Volksteile, besonders für alle Lohn- und Gehaltsempfänger, daß da unbedingt Abhilfe geschaffen werden muß. Die Vorlage der Gemeinden ist groß. Nicht nur durch Darlehen müssen wir helfen, sondern durch Beschaffung neuer Einnahmequellen.

Das Haushalt der Finanzen beantragt unter Ablehnung aller von den Vorkommnissen Entschuldigungsanträge nach dem Ausschlußvorlage angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, mittags 12 Uhr. Tagesordnung: Haushalt des Finanzministeriums.

Politische Rundschau

Berliner Treuegebüde für Rhein, Ruhr und Saar.

Berlin, 12. Juni. Am Montag Abend hatten die landesmannschaftlichen Verbände für Rhein, Ruhr und Saar die Berliner Bevölkerung zu einem Treuegebüde geladen. Der Wärmepunkt des „Joh“ konnte die Menge kaum fassen. Unter anderem Rednerredatoren war der Reichsaussenminister erschienen. Reichsstaatsminister Dr. Lüthke sagte die Aufnahme von der wirtschaftlichen Seite an. Bis Ende 1922 sind von uns 54 Milliarden Goldmark gezahlt worden. Auf der Pariser Konferenz ist das Westschicksal von uns angeboten worden. Deutschland kann wirtschaftlich ohne Ruhr und Rhein nicht leben, wenn man es nicht überhaupt vernichten will. Alle Gegenstände müssen fallen angesichts des einen Ziels: Erhaltung unseres Volkes. Höhe kommen, was kommen mag, wir werden ruhen: Saar, Ruhr und Rhein sind deutsch und bleiben deutsch. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Sollmann erklärte: Wir stehen unser Volk, weil man uns unser Deutschtum nehmen will. Wir verzichten uns der Vorbedingung der Klaffensgegenstände nicht. Die Westlande werden längst verloren, wenn so hemmungslos und so gedankenlos die Parteileidenschaft sich ausbreiten würden, wie im übrigen Deutschland. Es ist ganz außerordentlich, was die Franzosen getan haben. Sie haben das Mittelland mit Preußen verdrängt und es an diesen fünften deutschen Blut angelegt. Kein Abgeordneter in einem deutschen Parlament wird sich finden, der einen derartigen Pakt schließen und uns unter Militärdiktatur zwingen würde. Nichts kann uns rauben Liebe und Glauben zu unserem Land. Es zu erhalten, auszugestalten, sind wir gesinnt. Deutschland steht nicht. Ein einmütiges Gebüde zu unerschütterlicher und opferbereiter Treue an den Westen beschloß die eindrucksvolle Kundgebung.

Weitere Ausdehnung des Streiks in Dorschesien.

Gleiwitz, 12. Juni. Zur Beratung über die Fortdauer der Beendigung des Streiks fand gestern in Gleiwitz eine Betriebsratkonferenz statt, die von Anfang an sehr hitzig verlief, da sich viele Elemente hineingedrängt hatten, die nicht dazu gehörten. Der sozialdemokratische Abgeordnete Franz wurde bei seinen Ausführungen dauernd unterbrochen. Schließlich veranfaßten die zum Teil mit Knüppeln bewaffneten Eindringlinge einen solchen Ansturm, daß die Gewerkschaftsführer den Saal verlassen. Mehrere von ihnen wurden mißhandelt. Als die Kommunisten dann unter sich waren, beschloßen sie den Generalkstreik. Demgegenüber lehnen die Gewerkschaften jede Verantwortung für den Streik ab, der sich weiter ausgedehnt hat. Von den staatlichen Gruben sind auch die „Deutsches“ Schächte, die bisher gearbeitet hatten, in den Ausstand getreten. Auf den Gruben der „Donnersmar“ Schächte wird teilweise gearbeitet. Auch das „Vorwärts“ Werk ist jetzt vom Streik ergriffen.

Dreiklassen Staatssekretariat.

Bodum, 12. Juni. Die von den Franzosen verhafteten 250 Mitglieder des Selbstschutzes sind bis auf drei wieder entlassen worden, nachdem die Belastungsbescheide sich davon überzeugt haben, daß sich unter den Selbstschützern keine ausgereiften Schruppbeamten befinden und die Mitglieder des Selbstschutzes auch nicht im Besitz von Waffen sind. Seit gestern ist der Selbstschutz wieder im Dienste der Stadt.

